

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Haupt- und Beteiligungsausschusses**  
**am 05.02.2015**

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:30 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitz**

Herr Oberbürgermeister Clausen

**SPD**

Herr Fortmeier

Herr Hamann

Herr Lufen

Frau Bürgermeisterin Schrader

Herr Sternbacher

**CDU**

Herr Helling

Herr Henrichsmeier

Herr Nettelstroth

Stellv. Vorsitzender

Herr Bürgermeister Rüther

Herr Weber

**Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Julkowski-Keppler

Frau Dr. Ober

Herr Rees

**BfB**

Frau Dr. Langenberg

**FDP**

Herr Schliffter

(für Frau Wahl-Schwentker)

**Die Linke**

Frau Schmidt

**Piratenpartei**

Herr Gugat (beratendes Mitglied nach § 58 Abs. 1 Satz 11 und 12 GO NRW)

Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Löseke  
Herr Beigeordneter Dr. Witthaus  
Frau Beigeordnete Ritschel  
Herr Beigeordneter Moss  
Herr Beigeordneter Nürnberger  
Frau Ley, Büro des Oberbürgermeisters  
Frau Stude, Büro des Rates  
Frau Buddemeier, Gleichstellungsstelle  
Frau Tatje, Amt für Demographie und Statistik  
Frau Bockermann, Presseamt  
Frau Grewe, Kommunales Integrationszentrum  
Herr Knossalla, Rechnungsprüfungsamt  
Frau Schröter, Rechtsamt  
Herr Fliege, Bürgeramt  
Herr Feldmann, Ordnungsamt  
Herr Kleibrink, Feuerwehramt  
Frau Hannemann, Stadtkämmerei  
Herr Kricke, Büro des Rates, Schriftführer

Gäste:

Bürgerinnen und Bürger  
Pressevertreter

## Öffentliche Sitzung:

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Clausen stellt die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Beteiligungsausschusses, der mit Schreiben vom 27.01.2015 fristgerecht eingeladen worden sei, fest.

Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

-.-.-

### Zu Punkt 1

### Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 2. Sitzung des Haupt- und Beteiligungsausschusses am 11.12.2014

#### B e s c h l u s s:

**Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 2. Sitzung des Haupt- und Beteiligungsausschusses am 11.12.2014 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

### Zu Punkt 2

### Mitteilungen

#### Gründung und mittelbare Beteiligung an der Alta-Klinik als Tochtergesellschaft des Klinikums Bielefeld

Herr Oberbürgermeister Clausen erinnert daran, dass der Haupt- und Beteiligungsausschuss sowie der Rat der Stadt in ihren Sitzungen am 08.05.2014 der Gründung und mittelbaren Beteiligung mit 51% an der Alta-Klinik als Tochtergesellschaft des Klinikums Bielefeld zugestimmt hätten. Mit der Beteiligung an der Gesellschaft hätte erstmals eine innovative bzw. minimalinvasive Diagnostik- und Therapiemethode zur Behandlung des Prostatakarzinoms (Fachgebiet Urologie) in Bielefeld etabliert und gleichzeitig im Gesamtkonzept „Ärztehaus am Klinikum Bielefeld“ ein zusätzlicher Beitrag zur wirtschaftlichen Konsolidierung des Klinikums erreicht werden sollen.

Nach Beschlussfassung sei das übliche Anzeigeverfahren eingeleitet

worden. Begleitend seien intensive Gespräche unter Beteiligung der Geschäftsführung des Klinikums Bielefeld mit der Bezirksregierung Detmold geführt worden. Nachdem abschließend im Dezember letzten Jahres ergänzend eine umfängliche Berichterstattung seitens der Stadt erfolgt sei, habe nunmehr die Bezirksregierung Detmold mit Verfügung vom 12.01.2015 Bedenken im Rahmen des Anzeigeverfahrens geltend gemacht und dieses deshalb nicht positiv abgeschlossen.

Diese beruhten auf einer externen fachlichen Stellungnahme, die auf Veranlassung der Bezirksregierung Detmold eingeholt worden sei und die sich zu medizinischen Aspekten bezüglich der geplanten Klinikbeteiligung verhalte.

Im Kern werde angezweifelt, dass die in Rede stehenden innovativen Behandlungsmethoden den öffentlichen Zweck bei dieser wirtschaftlichen Betätigung hinreichend rechtfertigten. Im Endergebnis werde dieses verneint.

Die Geschäftsführung des Klinikums Bielefeld sei von dem zugrunde liegenden medizinischen Konzept weiterhin fachlich überzeugt und werde nun ihrerseits prüfen, in welcher Art und Weise unterhalb der Schwelle einer gesellschaftsrechtlichen Beteiligung alternative Umsetzungsmöglichkeiten bestünden.

Die weitere Diskussion werde deswegen insbesondere aus medizinfachlicher Sicht dem Aufsichtsrat des Klinikums Bielefeld vorbehalten sein.

---

### Zu Punkt 3

#### Anfragen

### Zu Punkt 3.1

#### Sanierungskosten des Freibades Gadderbaum (Anfrage der BfB-Fraktion vom 22.01.2015)

##### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1005/2014-2020

##### Text der Anfrage:

1. *Wie hoch sind, nach gegenwärtigem Stand, die Sanierungskosten, um die rechtsgültige Betriebserlaubnis für das Freibad Gadderbaum zu erhalten?*
2. *Zusatzfrage: Ist dieser Bürgerentscheid noch rechtlich bindend, falls die 2,4 Millionen Euro hierfür nicht ausreichen?*

Herr Stadtkämmerer Löseke weist darauf hin, dass die Verwaltung auf der Grundlage von Informationen der Bielefelder Bäder und Freizeit GmbH (BBF) im April 2013 eine Kostenschätzung abgegeben habe, die mit Kosten von rund 2,4 Mio. € endete. Neuere Erkenntnisse lägen der Verwaltung nicht vor.

Die Geschäftsführung der BBF werde dem Aufsichtsrat der Gesellschaft zur Sitzung am 25.03.2015 eine aktuelle Berechnung der Sanierungskosten vorlegen. Dabei würden alle aktuellen Erkenntnisse auch aus dem laufenden Baugenehmigungsverfahren berücksichtigt. Das Ergebnis werde die Verwaltung selbstverständlich in der nächstfolgenden erreichbaren Sitzung des Haupt- und Beteiligungsausschusses bekannt geben. Da zum jetzigen Zeitpunkt keinerlei Erkenntnisse dahingehend vorlägen, dass die eingangs genannte Summe nicht ausreichend sei, stelle er die Beantwortung der Zusatzfrage zunächst zurück.

Frau Dr. Langenberg bittet um differenzierte Darstellung der Kosten entsprechend der Fragestellung im Bürgerentscheid (Becken, Rohrsystem, Badtechnik, Solarabsorberanlage), da nur diese Kosten Gegenstand der Fragestellung gewesen seien.

Herr Helling merkt an, dass er der Presse entnommen habe, dass es eine gutachterliche Stellungnahme zu diesem Fragenkomplex gebe und bittet um Auskunft, ob diese auch der Verwaltung vorliege. Herr Oberbürgermeister Clausen erläutert, dass ihm ein Schreiben eines Münsteraner Rechtsanwaltes übersandt worden sei, der vom Freibadverein Gadderbaum eingeschaltet worden sei. Seines Wissens sei dieses Schreiben auch an die Fraktionen bzw. Gruppen geschickt worden.

**Der Haupt- und Beteiligungsausschuss nimmt Kenntnis.**

---

#### **Zu Punkt 4**

#### **Bericht zur Situation der Flüchtlinge in Bielefeld**

##### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0951/2014-2020

Unter Verweis auf die Vorlage erläutert Frau Grewe kurz die Inhalte des Berichts und merkt an, dass der Integrationsrat in seiner Sitzung am 28.01.2015 über die Vorlage hinaus folgenden Beschluss gefasst habe:

*Der Integrationsrat empfiehlt dem zuständigen Ausschuss,*

1. *die Verwaltung zu bitten,*
  - *die unter Punkt 10 der Informationsvorlage genannten Handlungsvorschläge zu konkretisieren bzw. Stellung zu deren Umsetzung zu nehmen.*
  - *das Konzept zur Unterbringung bzw. zur sozialarbeiterischen Betreuung und Begleitung der Bielefeld zugewiesenen Flüchtlinge vorzustellen.*
  - *dem Integrationsrat / dem Ausschuss halbjährlich einen „Bericht zur Situation der Flüchtlinge in Bielefeld“ zu erstatten.*
2. *Ferner wird die Verwaltung gebeten, zusätzlich zu den Warteräumen für die Asylbewerberinnen und -bewerber (Kinder,*

*Frauen, Jugendliche, ältere Menschen) im Gebäude der Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) alternative Aufenthaltsräume einzurichten.*

Zu den in der Vorlage ausgewiesenen Übergangseinrichtungen Teichsheide und Stadtring (s. S. 12 des Berichts) ergänzt Herr Oberbürgermeister Clausen, dass das Gebäude am Stadtring zwischenzeitlich leergezogen worden sei und perspektivisch auch nicht weiter als Übergangseinrichtung genutzt werde, da es unter fachlichen Gesichtspunkten hierfür nicht mehr geeignet sei. Zur Kompensation fänden derzeit erste Gespräche mit der BGW zur Sanierung des Standortes Teichsheide unter laufendem Betrieb statt.

Herr Rees zeigt sich über das sehr flüchtlingsfreundliche Klima in Bielefeld erfreut, was sich insbesondere an dem hohen ehrenamtlichen Engagement in diesem Bereich zeige. Ausdrücklich begrüße er die Schließung der Einrichtung am Stadtring sowie die geplante Sanierung der Teichsheide, da dieser Standort weitaus bessere Rahmenbedingungen aufweise. Unter Bezugnahme auf eine entsprechende Presseberichterstattung bittet er um Auskunft, ob das DRK tatsächlich das Beratungsangebot einstellen werde. Abschließend weist er darauf hin, dass die in der Vorlage dargestellten Handlungsbedarfe unterschiedlichste Bereiche der Stadtverwaltung tangierten. Zur Gewährleistung eines effektiven Verwaltungshandelns spreche er sich - auch unter Berücksichtigung der Erfahrungen, die in den 90er Jahren während des Balkankrieges mit wesentlich höheren Flüchtlingszahlen in Bielefeld gemacht worden seien - dafür aus, eine zeitlich befristete Struktur mit möglichst kurzen Entscheidungswegen und Durchgriffsmöglichkeiten in andere Bereiche der Stadtverwaltung zu installieren.

Frau Schmidt sieht ebenfalls die Notwendigkeit, die unterschiedlichen Verwaltungsbereiche - auch unter Einbeziehung des großen ehrenamtlichen Engagements - stärker zu vernetzen. Zudem müssten aus ihrer Sicht die Beratungsangebote in den Einrichtungen ausgeweitet werden, da die vorhandenen Kapazitäten gänzlich unzureichend seien. Unabhängig von der konkreten Problemlage in Bielefeld bittet sie um Auskunft über die von Bund und Land gewährten Mittel zur Entlastung der Kommunen, da die Kommunalen Spitzenverbände kritisiert hätten, dass das Land mit den Bundesmitteln teilweise eigene Zusagen vom nordrhein-westfälischen Flüchtlingsgipfel finanziere.

Herr Gugat räumt ein, dass die in den Übergangseinrichtungen vorgehaltenen Angebote zwar verbesserungswürdig seien, als unzureichend würde er diese aber nicht bezeichnen. Konkret bittet er um Auskunft, ob und inwieweit die Verwaltung bei der Unterbringung auf die Wünsche der Flüchtlinge eingehen könne, da seines Wissens zu Beginn des Jahres Familien mit Kindern von der Teichsheide in die Eisenbahnstraße umziehen mussten, obwohl sie dies nicht gewollt hätten. Auch Vertreter der Hellingskampschule, die von vielen Flüchtlingskindern besucht werde, hätten sich von dieser Aktion überrascht gezeigt.

Herr Weber teilt die Einschätzung, dass es in Bielefeld eine integrations- und flüchtlingsfreundliche Atmosphäre gebe. Zum weiteren Verfahren schlägt er vor, dem Haupt- und Beteiligungsausschuss nach der Beratung in den noch ausstehenden Gremien eine Zusammenfassung der Ergebnisse vorzulegen, auf deren Grundlage gegebenenfalls weitere Beschlüsse - auch unter Berücksichtigung der vom Bund und Land gewährten Finanzmittel - gefasst werden könnten. In Anbetracht der Fülle von Informationen spreche er sich zur weiteren Bearbeitung für das Setzen gewisser Prioritäten aus. Abschließend stimmt Herr Weber auch dem Wunsch nach einer kontinuierlichen Berichterstattung in den zuständigen Gremien zu.

Frau Bürgermeisterin Schrader bittet um Auskunft, ob es Flüchtlinge gebe, die die Universität besuchten.

Zur Situation der Kinder in der Sekundarstufe I stellt Herr Schlifter die Frage, welche zusätzlichen Anstrengungen unternommen worden seien, um dem Fehlbedarf von ca. 50 Schulplätzen zu begegnen. Überdies sei anzumerken, dass es sich nach der letzten gesetzlichen Regelung bei einigen der aufgeführten Hauptherkunftsländer um so genannte sichere Drittstaaten handele und sich von daher die Frage stelle, ob dies zu einer schnelleren Ablehnung des Asylantrages und damit zur Rückführung des Antragstellers führe. Abschließend bittet er um Auskunft, ob im Bereich der Sprachförderung Anstrengungen unternommen worden seien, den Personen, die von regulären Integrationskursen ausgeschlossen seien, z. B. durch ehemalige Lehrerinnen und Lehrer unbürokratisch Hilfe zu leisten.

Zum Beratungsangebot des DRK merkt Frau Grewe an, dass sich dieses nach ihren Informationen insbesondere auf die Migrationsberatung für Erwachsene beziehe. Weitergehende Erkenntnisse lägen ihr zurzeit nicht vor. Herr Oberbürgermeister Clausen schlägt vor, die Fragen, die aktuell nicht beantwortet werden könnten, noch einmal in der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 10.02.2015 zu thematisieren. Weiter führt Frau Grewe aus, dass es zu den Zahlen von Studierenden Rückmeldungen des Job-Centers gebe, wobei das nur die Personen betreffen könne, die bereits eine Anerkennung erlangt hätten. Durch die Einrichtung weiterer internationaler Klassen hätte eine Entspannung der Situation in der Sekundarstufe I erzielt werden können, was allerdings angesichts steigender Flüchtlingszahlen wohl nur ein temporärer Effekt gewesen sein dürfte. Zur Frage der Berücksichtigung von Unterbringungswünschen erklärt sie, dass dieses in Anbetracht der Vielzahl der Flüchtlinge nicht immer gelingen könne. Allerdings solle perspektivisch versucht werden, die Wünsche der Betroffenen stärker zu berücksichtigen. Zu den sicheren Drittstaaten merkt sie an, dass diese Änderungen bisher noch keine unmittelbaren Auswirkungen gezeigt hätten, da nach wie vor Flüchtlinge aus Serbien kämen; allerdings liege die Anerkennungsquote nur bei 0,2 %. Gerade im Bereich der Sprachförderung sei ein hohes ehrenamtliches Engagement festzustellen, das zu einem Großteil von ehemaligen Lehrerinnen und Lehrern ausgeübt werde. Herr Fliege ergänzt, dass die Zentrale Ausländerbehörde für ihren gesamten Zuständigkeitsbereich jährlich rund 800 Rückführungen durchführe. Diese Zahl dürfte unter Berücksichtigung

der neuen Regelung zu sicheren Drittherkunftsländern weiter ansteigen.

Herr Oberbürgermeister Clausen merkt zur Frage der Finanzierung durch Bund und Land an, dass der Bund im Dezember letzten Jahres zur Unterstützung der Länder und Kommunen für die Jahre 2015 und 2016 jeweils 500 Mio. Euro in Aussicht gestellt habe. Das Land NRW würde demzufolge pro Kalenderjahr eine Zuweisung von 108 Mio. erhalten, die an die Kommunen weiterzuleiten sei. Da die Landesregierung jedoch kurz vor dieser Entscheidung auf dem Flüchtlingsgipfel im Oktober angekündigt hätte, die direkte finanzielle Hilfe für die Unterbringung von Flüchtlingen in einem Umfang zu erhöhen, der den Landesanteil an der Bundesmilliarde schon übersteige, habe sie eine Doppelfinanzierung abgelehnt. Die eigentliche Problematik sehe er in der Befristung der Mittel, da nicht feststehe, ob der Bund nach 2016 die Mittel auch weiterhin in dem Umfang zur Verfügung stelle.

Abschließend greift Herr Oberbürgermeister Clausen die Bitte von Herrn Weber auf, das Thema im März erneut auf die Tagesordnung zu setzen, um den Mitgliedern des Haupt- und Beteiligungsausschusses Gelegenheit zu geben, die Empfehlungen aus den Fachausschussberatungen zur Kenntnis zu nehmen.

**Die Mitglieder des Haupt- und Beteiligungsausschusses stimmen dem Verfahrensvorschlag einvernehmlich zu.**

--:--

## Zu Punkt 5

### Feuerwehrjahresbericht 2014

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1002/2014-2020

Herr Kleibrink stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation den Jahresbericht 2014 vor und geht dabei zunächst auf die Einsatzverteilung bei Bränden, Hilfeleistungen und im Rettungsdienst ein. (*Anm.: Die Präsentation ist in digitaler Form den Sitzungsunterlagen beigelegt, s. „TOP 5 - Jahresbericht 2014“*). So sei die Zahl der Brandeinsätze im Vergleich zu 2013 um einen Einsatz von 1.260 auf 1.259 gesunken. Auch die Zahl der Hilfeleistungen sei um 308 Einsätze (- 15,7%) von 1.963 auf 1.655 gesunken, da es in Bielefeld in 2014 keine größeren Unwetter gegeben habe. Demgegenüber sei die Zahl der Rettungsdiensteinsätze weiter angestiegen und hätte in 2014 mit 43.940 Einsätzen (+ 0,4 %) einen neuen Höchststand erreicht.

Bei den Brandeinsätzen seien 161 Menschen (2013: 121) gerettet worden. Neben 81 verletzten Personen (2013: 79) seien bedauerlicherweise drei Brandtote zu beklagen gewesen (2013: 1 Brandtoter). Anschließend weist er darauf hin, dass aufgrund des zunehmenden Einsatzes privater Rauchmelder die Feuerwehr in 2014 zu 95 (2013: 68) Auslösungen gerufen worden sei, von denen sich 31 (28) als tatsächliche Brandeinsätze herausgestellt hätten.



Nach einer kurzen Darstellung einiger besonderer Einsätze in 2014, wie z. B. den Flachdachbrand am Schlehenweg in der Silvesternacht, eine Gasexplosion in der Apfelstraße oder einen Wohnungsbrand in Jöllenbeck, merkt Herr Kleibrink an, dass er die Einsätze mit Kohlenmonoxid, die entweder auf Unkenntnis im Umgang mit offenem Feuer oder auf suizidale Absicht zurückzuführen seien, zunehmend mit Sorge betrachte. Da hiermit auch eine erhebliche Gefährdung der Einsatzkräfte verbunden sei, seien die Notfallrucksäcke nunmehr mit 30 Messgeräten ausgestattet, die dankenswerter Weise vom Verein für Notfallmedizin gespendet worden seien. Darüber hinaus bereite auch die Haltung exotischer Tiere zunehmend Schwierigkeiten, da bei Einsätzen die Gefährlichkeit der Tiere nicht immer sofort feststehe. Über die Hilfeleistungen hinaus habe sich die Feuerwehr im vergangenen Jahr auch an der GENIALE sowie am NRW-Tag beteiligt und großen Zuspruch erfahren.

Abschließend schlüsselt Herr Kleibrink die Einsatzzahlen noch detailliert auf und betont, dass die Zahl der Notfallrettung erstmals gesunken sei (von 34.073 in 2013 auf 33.767 Einsätze in 2014). Auch Einsätze mit Notarztbeteiligung wiesen ebenso wie die Einsätze des Rettungshubschraubers eine rückläufige Tendenz auf. Demgegenüber sei auch im letzten Jahre die Zahl der Krankentransporte weiter gestiegen, da die Krankenförderung nach dem Personenbeförderungsgesetz zunehmend von qualifizierten Krankentransporten verdrängt werde. In Anbetracht der Steigerung im Rettungsdienst sei in diesem Jahr eine Überarbeitung des Rettungsdienstbedarfsplans zwingend erforderlich.

**Die Mitglieder des Haupt- und Beteiligungsausschusses bedanken sich für die im letzten Jahr von der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr geleistete Arbeit und nehmen den Jahresbericht 2014 der Feuerwehr Bielefeld zur Kenntnis.**

---

## Zu Punkt 6

### **Ersatz von Löschfahrzeugen gemäß Brandschutzbedarfsplan**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1004/2014-2020

Unter Verweis auf die Vorlage erklärt Frau Beigeordnete Ritschel, dass es durch eine geänderte Priorisierung bei der Ersatzbeschaffung überalterter Löschfahrzeuge gelungen sei, die sich abzeichnende Entwicklung der zunehmenden Überalterung der Fahrzeuge zu stoppen und eine Trendwende zu erreichen.

Herr Kleibrink ergänzt, dass mittlerweile die Hälfte der erforderlichen Dieselrußabsauganlagen installiert worden sei und der Rest in 2015 folgen werde.

**Der Haupt- und Beteiligungsausschuss nimmt die Informationsvorlage zum Ersatz von Löschfahrzeugen gemäß Brandschutzbedarfsplan zur Kenntnis.**

-.-.-

**Zu Punkt 7****Auswirkungen des Notfallsanitätergesetzes und Umsetzung bei der Stadt Bielefeld**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0962/2014-2020

Frau Beigeordnete Ritschel merkt einleitend an, dass die Vorlage im Kontext zum Haushalts- und Stellenplan 2015 des Feuerwehramtes stünde. Die Auswirkungen des Notfallsanitätergesetzes (NotSanG) würden bei der Feuerwehr zu erheblichen Veränderungen führen, allerdings gebe es bei der Mitarbeiterschaft eine große Bereitschaft, die damit verbundenen Herausforderungen anzunehmen. Problematisch seien allerdings die eingetretenen Verzögerungen bei der Verabschiedung der Rettungsgesetznovelle, da das Gesetz nicht - wie ursprünglich angekündigt - Ende letzten Jahres verabschiedet worden sei. Voraussichtlich werde dies jetzt im März d. J. erfolgen.

Auf Nachfrage von Herrn Rees bestätigt Frau Beigeordnete Ritschel, dass sich die Umsetzung des NotSanG auch auf die externen Partner des Rettungsdienstes auswirke und von daher das weitere Vorgehen u. a. eng mit der Rettungsdienst gGmbH abgestimmt würde. Herr Kleibrink ergänzt, dass die zeitlichen Verzögerungen auch die notwendigen Schulungen beeinträchtigen würden, da die Kapazitäten des Studieninstitutes nicht ausgeweitet werden könnten.

Auf die von Frau Dr. Langenberg gestellte Frage zur Höherbewertung von insgesamt 27 Stellen nach A 9 m. D. weist Frau Beigeordnete Ritschel darauf hin, dass dies auf die höhere Qualifikation zurückzuführen sei. Durch diese Höherbewertung solle auch ein Anreiz für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschaffen werden, sich fortzubilden und die verantwortungsvollere Tätigkeit wahrzunehmen. Diese Höherbewertung erfolge erst nach erfolgreichem Abschluss der Qualifizierungsmaßnahme und setze zudem eine entsprechende Planstelle voraus. Zur Anmerkung von Frau Dr. Langenberg, dass nach ihrem Kenntnisstand noch gar nicht feststehe, in welche Besoldungsgruppe die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingruppiert würden, erläutert Herr Stadtkämmerer Löseke, dass es sich im Bereich der Feuerwehr um Beamtinnen und Beamte handele und insofern das Tarifrecht nicht anzuwenden sei. Die Bewertung einer Stelle werde bei der Stadtverwaltung anhand der in entsprechenden KGSt-Gutachten enthaltenen Merkmale von der Arbeitsgruppe Analytik vorgenommen. Eine in der Arbeitsgruppe durchgeführte Vorbewertung habe zu dem in der Vorlage ausgewiesenen Ergebnis geführt.

Herr Helling bittet um Auskunft, wie die Zahl der benötigten Notfallsanitäterinnen und -sanitäter überhaupt ermittelt worden sei. Herr Kleibrink merkt an, dass jede Feuerwehrbeamtin bzw. jeder Feuerwehrbeamter zur Rettungsassistentin bzw. zum Rettungsassistenten ausgebildet sei. Um die bei der derzeitigen Praxis erforderliche Multifunktionalität aufrecht zu erhalten, müssten in den

kommenden Jahren ca. 126 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Notfallsanitätern qualifiziert werden. Zur Ausbildung eines Berufsfeuerwehrmannes bzw. einer Berufsfeuerwehrfrau sei anzumerken, dass Anwärterinnen und Anwärter eingestellt würden, die bereits eine dreijährige Lehre in einem für die Feuerwehr geeigneten Beruf abgeschlossen hätten. Nach der Grundausbildung schließe sich eine zweijährige Rettungsassistentenausbildung an. Da zukünftig neben der Feuerwehrausbildung noch eine dreijährige Rettungsdienstausbildung als Notfallsanitäter zu absolvieren sei, müsse der Beruf unter Berücksichtigung rückläufiger Bewerberzahlen tariflich attraktiv gestaltet werden.

Auf Nachfrage von Herrn Schlifter bestätigt Herr Stadtkämmerer Löseke, dass es bei der Eingruppierung im Grunde landesweit ein einheitliches Raster gebe. Für die in der Vorlage dargestellte Fallkonstellation habe die KGSt bisher noch keine konkrete Empfehlung ausgesprochen. Da für den multifunktionalen Rettungsassistenten derzeit die Besoldung A 8 vorgesehen sei und die Weiterqualifizierung die Wahrnehmung höherwertiger Aufgaben ermögliche, führe dies somit zu einer höheren Besoldungsgruppe.

Frau Beigeordnete Ritschel betont abschließend, dass nach der Verabschiedung des Rettungsgesetzes NRW die mit der Umsetzung des NotSanG verbundenen Mehrkosten nach derzeitigem Stand komplett über Gebühren refinanziert würden und insofern keine Belastung des städtischen Haushalts darstellten.

Herr Sternbacher begrüßt das dargestellte Anreizsystem, da dadurch möglichst frühzeitig qualifiziertes Personal gefunden werden könne.

**Der Haupt- und Beteiligungsausschuss nimmt die Informationsvorlage zu den Auswirkungen des Notfallsanitätergesetzes und zur Umsetzung bei der Stadt Bielefeld zur Kenntnis.**

---

## **Zu Punkt 8**

### **Gesamtbericht 2013 nach Art. 7 EU-VO 1370/2007 der Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0524/2014-2020

Ohne Aussprache fasst der Haupt- und Beteiligungsausschuss folgenden

#### **B e s c h l u s s:**

**Der Haupt- und Beteiligungsausschuss nimmt den als Anlage beigefügten Gesamtbericht 2013 nach Art. 7 Abs. 1 der EU-VO 1370/2007 der Stadt Bielefeld zur Kenntnis.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

## Vor TOP 9

### Generelle Vorbemerkung zu den Haushaltsplanberatungen

Unter Bezugnahme auf die im Rahmen der Beratungen gestellten Rückfragen zur Entwicklung des Personalaufwandes kündigt Herr Oberbürgermeister Clausen an, zu dem Themenkomplex „Neuberechnung der Personalkosten“ in den Abschlussberatungen des Finanz- und Personalausschusses gesondert Stellung zu nehmen.

Herr Nettelstroth erklärt für die CDU-Fraktion, dass die Zustimmung seiner Fraktion in der heutigen Sitzung unter dem Vorbehalt dieser Darstellung und damit auch unter dem Vorbehalt der abschließenden Beratung im Finanz- und Personalausschuss erfolge.

-.-.-

## Zu Punkt 9

### Haushalts- und Stellenplan 2015 für das Büro Oberbürgermeister

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0987/2014-2020

Frau Ley stellt die wesentlichen Änderungen gegenüber dem Vorjahr kurz dar.

Ohne weitere Aussprache fasst der Haupt- und Beteiligungsausschuss unter Berücksichtigung der in der Vorbemerkung dargestellten Vorgehensweise folgenden

#### B e s c h l u s s:

**Der Haupt- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2015 mit den Plandaten für die Jahre 2015 bis 2018 wie folgt zu beschließen:**

1. **Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppe 11.01.02 – Verwaltungsleitung / Oberbürgermeister – wird zugestimmt.**
2. **Dem Teilergebnisplan der Produktgruppe 11.01.02 im Jahr 2015 mit**
  - **ordentlichen Erträgen in Höhe von 59.672 EUR und**
  - **ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.033.881 EUR**

**wird zugestimmt.**

3. Dem Teilfinanzplan A  
der Produktgruppe 11.01.02 im Jahr 2015 mit
- investiven Einzahlungen in Höhe von 0 EUR
  - investiven Auszahlungen in Höhe von 2.000 EUR

wird zugestimmt.

4. Dem Stellenplan 2015 für das Büro Oberbürgermeister wird zugestimmt.

- einstimmig bei zwei Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

## Zu Punkt 10

### Haushalts- und Stellenplan 2015 für das Büro des Rates

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0832/2014-2020

Frau Stude stellt die wesentlichen Änderungen gegenüber dem Vorjahr dar.

Ohne weitere Aussprache fasst der Haupt- und Beteiligungsausschuss unter Berücksichtigung der in der Vorbemerkung dargestellten Vorgehensweise folgenden

#### B e s c h l u s s:

##### 1. Den Zielen und Kennzahlen

der Produktgruppe 11.01.60 - Rat, Ausschüsse, Fraktionen, Gruppen (S. 177 bis 179)  
mit der Änderung der Kennzahl

- „*Fin.Zuwend.Fraktionen und Gruppen/Jahr (Euro)*“  
ab 2015 jeweils 1.095.490,00

wird zugestimmt.

##### 2. Dem Teilergebnisplan

der Produktgruppe 11.01.60 (S. 180 bis 183) im Jahr 2015 mit

- ordentlichen Erträgen in Höhe von 84.412 € und
- ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 3.995.143 €

wird mit folgender Änderung zugestimmt:

- Erhöhung der Fraktion- und Gruppenzuwendungen um 149.659 €  
von geplanten 945 831 € auf 1.095.490 €.

##### 3. Dem Stellenplan 2015 für das Büro des Rates wird zugestimmt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

## **Zu Punkt 11 Haushalts- und Stellenplan 2015 für die Gleichstellungsstelle**

### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0971/2014-2020

Frau Buddemeier erklärt, dass es bei der Gleichstellungsstelle keine wesentlichen Veränderungen gebe.

Herr Helling merkt an, dass ein Teil des in den Vorlagen ausgewiesenen Mehraufwandes mit erhöhten Ansätzen für ISB-Mieten begründet werde, was ohne nähere Erläuterungen nicht nachvollziehbar sei. Herr Oberbürgermeister Clausen regt an, diese Frage bei der Beratung des Wirtschaftsplanes des Immobilienservicebetriebes zu erörtern.

Ohne weitere Aussprache fasst der Haupt- und Beteiligungsausschuss unter Berücksichtigung der in der Vorbemerkung dargestellten Vorgehensweise folgenden

### **B e s c h l u s s:**

**Der Haupt- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2015 mit den Plandaten für die Jahre 2015 bis 2018 wie folgt zu beschließen:**

1. **Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppe 11.01.03 – Gleichstellung von Mann und Frau wird zugestimmt.**
2. **Dem Teilergebnisplan der Produktgruppe 11.01.03 im Jahre 2015 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 29.650 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 343.102 € wird zugestimmt.**
3. **Dem Teilfinanzplan A der Produktgruppe 11.01.03 im Jahr 2015 mit investiven Auszahlungen in Höhe von 980 € für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen wird zugestimmt.**
4. **Dem Stellenplan 2015 für die Gleichstellungsstelle für Frauenfragen wird zuge stimmt.**
5. **Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppe 11.01.03 für den Haushaltsplan 2015 wird zugestimmt.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12

**Haushalts- und Stellenplan 2015 für das Amt für Demographie und Statistik**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0977/2014-2020

Frau Tatje erläutert die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr, die in der Hauptsache mit internen Umschichtungen in Zusammenhang stünden.

Frau Dr. Langenberg merkt an, dass zum Personalaufwand in fast allen Vorlagen auf Neuberechnungen bzw. Neubewertungen hingewiesen werde und bittet für die weiteren Haushaltsplanberatungen um detaillierte Darstellung der jeweiligen Grundlagen. Frau Tatje stellt dar, dass die Neuberechnung dem geltenden Tarifrecht geschuldet sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Haupt- und Beteiligungsausschuss unter Berücksichtigung der in der Vorbemerkung dargestellten Vorgehensweise folgenden

**B e s c h l u s s:**

**Der Haupt- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2015 mit den Plandaten 2015 bis 2018 wie folgt zu beschließen:**

- 1. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppe 11.02.13 Demographie und Statistik wird zugestimmt.**
- 2. Dem Teilergebnisplan der Produktgruppe 11.02.13 im Jahr 2015 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 16.991 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 535.752 € wird zugestimmt.**
- 3. Dem Teilfinanzplan A der Produktgruppe 11.02.13 im Jahr 2015 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 € und investiven Auszahlungen in Höhe von 3.200 € wird zugestimmt.**
- 4. Dem Stellenplan 2015 für das Amt für Demographie und Statistik wird zugestimmt.**

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 13      Haushalts- und Stellenplan 2015 für das Presseamt**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0961/2014-2020

Frau Bockermann erklärt, dass es gegenüber dem Vorjahr - bis auf die Stelleneinsparung gemäß HSK - keine wesentlichen Veränderungen gebe.

Auf Nachfrage von Frau Schmidt erläutert Frau Bockermann, dass es sich bei Einsparung um die Stelle eines journalistischen Sachbearbeiters handele, der in den Ruhestand gehe und dessen Stelle nicht wiederbesetzt werde.

Ohne weitere Aussprache fasst der Haupt- und Beteiligungsausschuss unter Berücksichtigung der in der Vorbemerkung dargestellten Vorgehensweise folgenden

**B e s c h l u s s:**

**Der Haupt- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2015 mit den Plandaten für die Jahre 2016 bis 2018 wie folgt zu beschließen:**

1. **Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppe 11.01.07 (Presse- und Öffentlichkeitsarbeit) wird zugestimmt.**
2. **Den Teilergebnisplänen der Produktgruppe 11.01.07 im Jahr 2015 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 30.954 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 752.271 € wird zugestimmt.**
3. **Den Teilfinanzplänen A der Produktgruppe 11.01.07 im Jahr 2015 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 € und investiven Auszahlungen in Höhe von 1.400 € wird zugestimmt.**
4. **Dem Stellenplan 2015 für das Presseamt wird zugestimmt.**

- mit großer Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen

-.-.-

**Zu Punkt 14      Haushalts- und Stellenplan 2015 für das Kommunale Integrationszentrum**



Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0968/2014-2020

Frau Grewe erläutert unter Bezugnahme auf die Organisationsverfügung des Oberbürgermeisters vom 23.10.2014 die wesentlichen Veränderungen bei dem Kommunalen Integrationszentrum.

Unter Verweis auf die kritische Stellungnahme seiner Fraktion zu der Organisationsverfügung erklärt Herr Helling, dass sich seine Fraktion bei der Abstimmung über die Vorlage enthalten werde.

Auf Nachfrage von Herrn Fortmeier zu dem für 2015 angemeldeten Mehrbedarf für die Unterbringung von Flüchtlingen führt Frau Grewe aus, dass diese im Haushalt des Sozialdezernates veranschlagt würden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Haupt- und Beteiligungsausschuss unter Berücksichtigung der in der Vorbemerkung dargestellten Vorgehensweise folgenden

**B e s c h l u s s :**

**Der Haupt- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2015 mit den Plandaten für die Jahre 2015 bis 2018 wie folgt zu beschließen (s. HH.-Planentwurf, Bd. II, S. 148 - 156):**

- 1. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppe 11.01.27 - Förderung der Integration von Migranten – wird zugestimmt.**
- 2. Dem Teilergebnisplan der Produktgruppe 11.01.27 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 166.200 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.780.664 € wird zugestimmt.**
- 3. Dem Teilfinanzplan A der Produktgruppe 11.01.27 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0,00 € und investiven Auszahlungen in Höhe von 2.500,00 € wird zugestimmt.**
- 4. Dem Stellenplan für das Amt für Integration (s. HH.-Planentwurf, Bd. I., Anlage 5, S. 3, 16 und 20) wird zugestimmt.**
- 5. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppe 11.01.27 wird zugestimmt.**
- 6. Den HSK-Maßnahmen wird zugestimmt. Die kalkulierten Aufwendungen berücksichtigen die Einsparungen im Rahmen der Haushaltsoptimierung.**

- einstimmig bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen -

**Zu Punkt 15****Haushalts- und Stellenplan 2015 für das Rechnungsprüfungsamt****Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer: 0868/2014-2020

Herr Knossalla erklärt, dass die wesentliche Änderung gegenüber dem Vorjahr in einem um 110.000 Euro erhöhten Ansatz bei den Personalaufwendungen liege, der aus einer vom Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen vorgenommenen Neuberechnung resultiere. Auf Nachfrage von Herrn Schlifter betont er, dass es sich hierbei nicht um Mehrstellen oder Höherbewertungen, sondern um die Korrektur einer fehlerhaften Berechnung handele.

Frau Schmidt kritisiert, dass die Zahl der Stellen im Rechnungsprüfungsamt in den zurückliegenden zehn Jahren von 20 auf 15 Stellen gesunken sei, ohne dass eine entsprechende Anpassung von Aufgaben oder Standards erfolgt sei. Das Amt erfülle eine gesetzliche Aufgabe und sei mit besonderen Rechten ausgestattet. Es sei unverantwortlich, die Arbeit eines zentralen Controlling-Elements durch die Stellenstreichungen nachhaltig zu beeinträchtigen. Von daher werde sie der Vorlage nicht zustimmen.

Unter Verweis auf die Begründung zur Vorlage erläutert Herr Oberbürgermeister Clausen, dass es aus Sicht der Verwaltung noch vertretbar sei, Prüfungsintervalle zu verlängern oder verstärkt Stichproben statt breiter Prüfungen einzusetzen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Haupt- und Beteiligungsausschuss unter Berücksichtigung der in der Vorbemerkung dargestellten Vorgehensweise folgenden

**B e s c h l u s s:**

**Der Haupt- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2015 mit den Plandaten für die Jahre 2015 bis 2018 wie folgt zu beschließen:**

**1. a) Den Zielen und Kennzahlen**

**der Produktgruppe 11.01.05 - Rechnungsprüfung wird zugestimmt.**

**b) Dem Teilergebnisplan der**

**Produktgruppe 11.01.05 im Jahre 2015 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 87.577 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.114.670 € wird zugestimmt.**

**c) Dem Teilfinanzplan der**

**Produktgruppe 11.01.05 mit investiven Auszahlungen  
in Höhe von 3.000 €  
wird zugestimmt.**

**2. a) Den Zielen und Kennzahlen**

**der Produktgruppe 11.01.62 - Rechnungsprüfungsaus-  
schuss wird zugestimmt.**

**b) Dem Teilergebnisplan der**

**Produktgruppe 11.01.62 im Jahre 2015 mit ordentlichen  
Erträgen in Höhe von 0 € und ordentlichen Aufwend- ungen  
in Höhe von 23.951 € wird zugestimmt.**

**3. Dem Stellenplan 2015 für das Rechnungsprüfungsamt wird  
zugestimmt.**

**4. Der Fortschreibung der HSK-Maßnahme Nr. 23 des  
Rechnungsprüfungsamtes wird zugestimmt.**

- mit Mehrheit beschlossen -

---

**Zu Punkt 16**

**Haushalt- und Stellenplan 2015 für das Rechtsamt und den  
Bürgerausschuss**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0914/2014-2020

Frau Schröter erläutert die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr, die im Wesentlichen in der Einsparung einer halben Verwaltungsstelle und einer Anpassung des Ansatzes für Versicherungs- und Prozesskosten an die niedrigeren Rechnungsergebnisse der Vorjahre bestünden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Haupt- und Beteiligungsausschuss unter Berücksichtigung der in der Vorbemerkung dargestellten Vorgehensweise folgenden

**B e s c h l u s s:**

**Der Haupt- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2015 mit den Plandaten für die Jahre 2015 bis 2018 wie folgt zu beschließen:**

**1. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppe 11.01.11  
–Recht- wird zugestimmt.**

**2. Den Teilergebnisplänen der Produktgruppe 11.01.11 im Jahr**

2015 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 925.536 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 2.464.134 € wird zugestimmt.

3. Den Teilfinanzplänen A der Produktgruppe 11.01.11 im Jahr 2015 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 €, investiven Auszahlungen in Höhe von 400,00 € wird zugestimmt.
4. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppe 11.01.32 –Datenschutz und Informationsfreiheit wird zugestimmt.
5. Den Teilergebnisplänen der Produktgruppe 11.01.32 im Jahre 2015 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 7.699 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 92.560,00 € wird zugestimmt.
6. Den Teilfinanzplänen A der Produktgruppe 11.01.32 im Jahr 2015 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 €, investiven Auszahlungen in Höhe von 500,00 € wird zugestimmt.
7. Dem Stellenplan 2015 für das Rechtsamt wird zugestimmt.
8. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppe 11.01.63 –Bürgerausschuss- wird zugestimmt.
9. Den Teilergebnisplänen der Produktgruppe 11.01.63 im Jahre 2015 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 0 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 5.795 € wird zugestimmt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

## Zu Punkt 17

### Haushalts- und Stellenplan 2015 für das Bürgeramt

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0805/2014-2020

Herr Fliege stellt die wesentlichen Änderungen gegenüber dem Vorjahr dar und verweist zudem auf die für 2016 geplanten Einsparungen in Höhe insgesamt 226.000 Euro, die durch Abbau von Personal in der Bürgerberatung und durch Schließung der so genannten Ein-Personen-Filialen zum Jahresende erbracht werden sollen. In diesem Zusammenhang werde in der ersten Jahreshälfte 2015 eine Organisationsuntersuchung durchgeführt, deren konkrete Ergebnisse inklusive entsprechender Vorschläge zur konkreten Umsetzung anschließend vorgestellt würden.

Herr Henrichsmeier erklärt, dass seine Fraktion die beabsichtigte Schließung der fünf kleinen Bürgerberatungsfilialen Hillegossen, Brake, Schildesche, Dornberg und Gadderbaum zum Jahresende 2015 nicht mittragen werde, da sie für die Bewohnerinnen und Bewohner in den Stadtbezirken von großer Bedeutung seien. Er sei der Auffassung, dass in dem Bereich Einsparungen an Stellen erzielt werden könnten, die die Bürgerinnen und Bürger weniger belasten würden.

Herr Oberbürgermeister Clausen merkt an, dass eine Zustimmung zur Vorlage nicht eine mögliche Schließung der Bürgerberatungsfilialen beinhalte, sondern sich nur auf die Haushaltsansätze für das Jahr 2015 erstrecke.

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus spricht sich dafür aus, zunächst die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung abzuwarten, über die dann im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für 2016 endgültig zu entscheiden sei.

Herr Nettelstroth erklärt, dass seine Fraktion Konsolidierungsmaßnahmen nicht grundsätzlich ablehne. Allerdings sei nicht erkennbar, dass aus der Schließung der Bürgerberatungsfilialen unmittelbare Kostenvorteile resultieren würden. Gerade in den Stadtbezirken lebten zunehmend Menschen, die aufgrund eingeschränkter Mobilität auf ein Dienstleistungsangebot vor Ort angewiesen seien. Insofern wisse seine Fraktion schon jetzt auf die Ungeeignetheit dieser Maßnahme hin und bittet darum, auch andere Maßnahmen zur Erzielung des Konsolidierungsbetrages von 226.000 Euro in die Untersuchung einzubeziehen.

Herr Rees betont ebenfalls, dass zur Erzielung des Konsolidierungsbetrages zunächst eine Organisationsuntersuchung durchgeführt und vorgelegt werden solle. Da diese erfahrungsgemäß nicht nur die Streichung von Stellen, sondern auch neue Konzepte beinhalten könne, spreche er sich dafür aus, der Vorlage zu folgen. Im Übrigen reiche in Anbetracht der Notwendigkeit eines genehmigungsfähigen HSK die bloße Forderung nach Standardsenkungen nicht aus, diese müssten im konkreten Fall auch realisiert werden.

Herr Helling erläutert, dass die Organisationsuntersuchung aus Sicht seiner Fraktion nicht einseitig auf die Schließung der Bürgerberatungsfilialen gerichtet sein sollte; vielmehr sollte sie ergebnisoffen angelegt sein und auch mögliche Alternativen in Betracht ziehen.

Herr Oberbürgermeister Clausen hebt nochmals hervor, dass das Ergebnis der Organisationsuntersuchung den zuständigen Gremien im Rahmen einer Informationsvorlage vorgestellt werde, die dann hierzu Beschlüsse fassen könnten. Insofern spreche nichts gegen die Durchführung der Untersuchung.

Nach allem fasst der Haupt- und Beteiligungsausschuss unter

Berücksichtigung der in der Vorbemerkung dargestellten Vorgehensweise folgenden

### **B e s c h l u s s:**

**Der Haupt- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2015 mit den Plandaten für die Jahre 2015 bis 2018 wie folgt zu beschließen:**

#### **1. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppen**

1.1..24	BürgerServiceCenter (Band II Seite 134)
1.1..10	Einwohnerangelegenheiten (Band II Seite 400)
1.1..11	Personenstandswesen (Band II Seite 409)
1.1..12	Ausländerangelegenheiten (Band II Seite 418)
11.02.14	Wahlen (Band II Seite 433)
11.02.29	Zentrale Ausländerbehörde (Band II Seite 579)
11.05.04	Sozialversicherungsangelegenheiten (Band II Seite 734)
-	

wird unter Berücksichtigung folgender Änderungen zugestimmt (s. Anlage 3).

- In der Produktgruppe 11.02.11 (Personenstandswesen) wird beim Indikator „Prozentsatz der externen Eheschließungen“ die Kennzahl im Jahr 2015 auf „45“ geändert.
- In der Produktgruppe 11.02.11 (Personenstandswesen) wird beim Indikator „Namenserklärungen“ die Kennzahl im Jahr 2015 auf „600“ geändert.
- In der Produktgruppe 11.02.11 (Personenstandswesen) wird beim Indikator „Namensänderungen“ die Kennzahl im Jahr 2015 auf „40“ geändert.
- In der Produktgruppe 11.02.11 (Personenstandswesen) wird beim Indikator „Beurkundung von Geburten“ die Kennzahl im Jahr 2015 auf „4.200“ geändert.
- In der Produktgruppe 11.02.11 (Personenstandswesen) wird beim Indikator „Urkundenausstellungen“ die Kennzahl im Jahr 2015 auf „45.000“ geändert.
- In der Produktgruppe 11.02.11 (Personenstandswesen) wird der Indikator „Anzahl Einbürgerungsanträge“ mit der Kennzahl „650“ für das Jahr 2015 neu eingeführt.
- In der Produktgruppe 11.02.11 (Personenstandswesen) wird der Indikator „Anzahl Einbürgerungen“ mit der Kennzahl „630“ für das Jahr

- 2015 neu eingeführt.
- In der Produktgruppe 11.02.29 (ZAB – Zentrale Ausländerbehörde) wird beim Indikator „Anzahl Rückführungen“ die Kennzahl im Jahr 2015 auf „800“ geändert.
  - In der Produktgruppe 11.02.29 (ZAB – Zentrale Ausländerbehörde) wird beim Indikator „Anzahl Asylbewerber“ die Kennzahl im Jahr 2015 auf „18.000“ geändert.

## 2. Den Teilergebnisplänen der Produktgruppe/n

11.01.24	im Jahre 2015 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 112.608 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.388.968 € (s. Haushaltsplanentwurf 2015 Band II, S. 137,138)
11.02.10	im Jahre 2015 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 1.874.015 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 4.788.293 € (s. Haushaltsplanentwurf 2015 Band II, S. 403, 404)
11.02.11	im Jahre 2015 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 787.090 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.714.393 € (s. Haushaltsplanentwurf 2015 Band II, S. 413, 414)
11.02.12	im Jahre 2015 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 295.429 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.682.125 € (s. Haushaltsplanentwurf 2015 Band II, S. 421, 422)
11.02.14	im Jahre 2015 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 491 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 230.051 € (s. Haushaltsplanentwurf 2015 Band II, S. 437, 438)
11.02.29	im Jahre 2015 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 8.939.626 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 7.717.672 € (s. Haushaltsplanentwurf 2015 Band II, S. 582, 583)
11.05.04	im Jahre 2015 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 60.000 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 325.574 € (s. Haushaltsplanentwurf 2015 Band II, S. 737, 738)

wird zugestimmt.

Veränderungen ergeben sich nicht, so dass eine Anlage 1

nicht beigefügt wird.

### 3. Den Teilfinanzplänen der Produktgruppen

- 11.01.24 im Jahre 2015 mit investiven Auszahlungen in Höhe von 1.500 €, (s. Haushaltsplanentwurf 2015 Band II, S. 139)
- 11.02.10 im Jahre 2015 mit investiven Auszahlungen in Höhe von 14.962 €, (s. Haushaltsplanentwurf 2015 Band II, S. 405)
- 11.02.11 im Jahre 2015 mit investiven Auszahlungen in Höhe von 7.969 €, (s. Haushaltsplanentwurf 2015 Band II, S. 415)
- 11.02.12 im Jahre 2015 mit investiven Auszahlungen in Höhe von 3.730 €, (s. Haushaltsplanentwurf 2015 Band II, S. 423)
- 11.02.14 im Jahre 2015 mit investiven Auszahlungen in Höhe von 1.000 €, (s. Haushaltsplanentwurf 2015 Band II, S. 439)
- 11.02.29 im Jahre 2015 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 170.000 € und investiven Auszahlungen in Höhe von 170.000 € (s. Haushaltsplanentwurf 2015 Band II, S. 585)
- 11.05.04 im Jahre 2015 mit investiven Auszahlungen in Höhe von 1.889 €, (s. Haushaltsplanentwurf 2015 Band II, S. 739)

wird zugestimmt.

Veränderungen ergeben sich nicht, so dass eine Anlage 2 nicht beigefügt wird.

4. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen 11.02.10 (Band II, Seite 408), 11.02.11 (Band II, Seite 417), 11.02.12 (Band II, Seite 425), 11.02.29 (Band II, Seite 586) und 11.05.04 (Band II, Seite 741) für den Haushaltsplan 2015 wird zugestimmt.

5. Dem Stellenplan 2015 für das Bürgeramt wird zugestimmt. Die Änderungen gegenüber dem Stellenplan 2014 ergeben sich aus der beigefügten Veränderungsliste (Anlage 4).

- mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 18**

### **Haushalts- und Stellenplan 2015 für das Ordnungsamt**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0947/2014-2020



Herr Feldmann erläutert die wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.

Nach allem fasst der Haupt- und Beteiligungsausschuss unter Berücksichtigung der in der Vorbemerkung dargestellten Vorgehensweise folgenden

### **B e s c h l u s s:**

**Der Haupt- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2015 mit den Plandaten für die Jahre 2016 bis 2018 wie folgt zu beschließen:**

#### **1. Den Zielen und Kennzahlen**

- der Produktgruppe 11.02.01 – Allgemeine Sicherheit und Ordnung
- der Produktgruppe 11.02.02 – Gewerbeswesen
- der Produktgruppe 11.02.08 – Fahr- und Beförderungserlaubnisse
- der Produktgruppe 11.02.09 – Kfz-Angelegenheiten
- der Produktgruppe 11.02.21 – Verkehrsordnungswidrigkeiten
- der Produktgruppe 11.02.27 – Außendienste
- der Produktgruppe 11.02.28 – Wochenmärkte

wird zugestimmt.

#### **2. Den Teilergebnisplänen der**

<i>Produktgruppe</i>	<i>mit ordentlichen Erträgen im Jahr 2015 in Höhe von</i>	<i>mit ordentlichen Aufwendungen im Jahr 2015 in Höhe von</i>
<b>11.02.01</b>	<b>240.700 €</b>	<b>773.478 €</b>
<b>11.02.02</b>	<b>426.843 €</b>	<b>523.794 €</b>
<b>11.02.08</b>	<b>604.634 €</b>	<b>828.619 €</b>
<b>11.02.09</b>	<b>2.668.000 €</b>	<b>1.990.883 €</b>
<b>11.02.21</b>	<b>13.699.239 €</b>	<b>3.342.685 €</b>
<b>11.02.27</b>	<b>5.000 €</b>	<b>2.270.889 €</b>
<b>11.02.28</b>	<b>599.936 €</b>	<b>463.650 €</b>

wird zugestimmt.

3. Dem Teilfinanzplan A der Produktgruppe 11.02.27 im Jahr 2015 mit investiven Auszahlungen in Höhe von 26.420 € wird zugestimmt.
  4. Den Maßnahmen des Teilfinanzplanes B im Jahr 2015 der Produktgruppe 11.02.27 wird zugestimmt.
  5. Der speziellen Bewirtschaftungsregel der Produktgruppe 11.02.01 für den Haushaltsplan 2015 wird zugestimmt.
  6. Dem Stellenplanentwurf 2015 für das Ordnungsamt wird mit folgender Veränderung zugestimmt:  
Der kw-Vermerk der Stelle 320 41 110 (s. HSK – Maßnahme Nr. 140 aus dem Haushaltssicherungskonzept 2010/2011) wird aufgehoben. Die HSK – Maßnahme Nr. 140 entfällt.
- mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

## **Zu Punkt 19**

### **Haushalts- und Stellenplan 2015 für das Feuerwehramt**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0916/2014-2020

Unter Verweis auf die Vorlage stellt Herr Kleibrink kurz die wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr dar.

Ohne weitere Aussprache fasst der Haupt- und Beteiligungsausschuss unter Berücksichtigung der in der Vorbemerkung dargestellten Vorgehensweise folgenden

#### **B e s c h l u s s:**

**Der Haupt- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2015 mit den Plandaten der Produktgruppen**

- 11.02.15 Gefahrenabwehr
- 11.02.16 Gefahrenvorbeugung
- 11.02.17 Rettungsdienst
- 11.02.18 Luftrettung

für die Jahre 2015 bis 2018 wie folgt zu beschließen:

1. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppen wird zugestimmt:
2. Den Teilergebnisplänen wird zugestimmt:

Produktgruppe	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen
11.02.15 Gefahrenabwehr	1.105.916 €	14.871.974 €
11.02.16 Gefahrenvorbeugung	170.770 €	557.522 €
11.02.17 Rettungsdienst	11.217.121 €	12.181.412 €
11.02.18 Luftrettung	2.001.328 €	1.955.303 €

### 3. Den Teilfinanzplänen A wird zugestimmt:

Produktgruppe	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlungen	Verpflichtungs-ermächtigungen
11.02.15 Gefahrenabwehr	1.982.000 €	4.714.670 €	2.035.000 €
11.02.16 Gefahrenvorbeugung	0 €	20.000 €	0 €
11.02.17 Rettungsdienst	0 €	1.272.200 €	966.000 €

### 4. Den Maßnahmen der Teilfinanzpläne B wird zugestimmt unter Berücksichtigung der folgenden Korrektur:

#### Produktgruppe 11.02.17 Rettungsdienst

Im Entwurf sind zwei Notfall-KTW/RTW mit einem Ansatz von je 150.000 € und 17 Beatmungsgeräte mit einem Gesamtwert von 128.000 € in den Maßnahmen unterhalb der Wertgrenze erfasst. Es sind drei einzelne Maßnahmen dafür anzulegen; die Summe der Maßnahmen unterhalb der Wertgrenze ist entsprechend um diese Beträge zu reduzieren.

### 5. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen wird zugestimmt:

### 6. Dem Stellenplan 2015 des Feuerwehramtes wird zugestimmt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

---

Zu Punkt 20

### Haushaltsplan 2015 ff. für die Produktgruppen des Bereiches Konzerncontrolling

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0845/2014-2020

Frau Hannemann stellt kurz die wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr dar.

Auf die Frage von Herrn Helling zur Umsetzung des Konsolidierungsbeitrages von 2,2 Mio. Euro durch geringere Verluste einzelner Beteiligungen führt Herr Oberbürgermeister Clausen aus, dass hier in den Beteiligungen unterschiedlich vorgegangen werde. So habe die WEGE mbH den Konsolidierungsbeitrag von 5 % bereits in ihrem Wirtschaftsplan 2015 umgesetzt, mit der Geschäftsführung der REGE mbH sei für die Jahre 2015, 2016 und 2017 eine lineare Abwicklung vereinbart worden und mit der Geschäftsführung der BBF GmbH sowie der Geschäftsführung der moBiel GmbH seien erste Gespräche über mögliche Verfahren geführt worden. Bei einem Teil der Gesellschaften stünden die Umsetzungsmaßnahmen unter dem Vorbehalt der Zustimmung von Aufsichtsräten oder Gesellschafterversammlungen. Bei der moBiel GmbH sei zudem die Beteiligung städtischer Gremien erforderlich, da gegebenenfalls z. B. über die Betrauung erteilte Aufträge verändert werden müssten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Haupt- und Beteiligungsausschuss unter Berücksichtigung der in der Vorbemerkung dargestellten Vorgehensweise folgenden

### **B e s c h l u s s :**

**Der Haupt- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2015 mit den Plandaten für die Jahre 2015 bis 2018 wie folgt zu beschließen:**

- 6. Den Teilergebnisplänen der folgenden Produktgruppen wird unter Berücksichtigung der in der Veränderungsliste "Ergebnisplanung" enthaltenen Sachverhalte zugestimmt:**

**Produktgruppe 11.04.12 (Bd. II, S. 702/703) mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 0 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 2.369.000 €**

**Produktgruppe 11.15.01 (Bd. II, S. 1217/1218) mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 0 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.090.000 €,**

**Produktgruppe 11.15.04 (Bd. II, S. 1223/1224 sowie Veränderungsliste) mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 0 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 10.640.658 € und Finanzerträgen in Höhe von 3.048.219 € und Zinsen u. sonst. Finanzaufwendungen in Höhe von 0 €,**

**Produktgruppe 11.15.05 (Bd. II, S. 1233/1234 sowie Veränderungsliste) mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 20.928.000 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 0 €**

und Finanzerträgen in Höhe von 440.000 € und Zinsen u. sonst. Finanzaufwendungen in Höhe von 0 €,

Produktgruppe 11.15.06 (Bd. II, S. 1240/1241) mit Finanzerträgen in Höhe von 2.376.002 € und Zinsen u. sonst. Finanzaufwendungen in Höhe von 0 €

Produktgruppe 11.15.10 (Bd. II, S. 1246/1247 sowie Veränderungsliste) mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 0 € und Erhöhung der ordentlichen Aufwendungen auf 292.244 € und Finanzerträgen in Höhe von 963.580 € und Zinsen u. sonst. Finanzaufwendungen in Höhe von 0 €.

7. Den Teilfinanzplänen A der folgenden Produktgruppen wird unter Berücksichtigung der in der Veränderungsliste "Finanzplanung" enthaltenen Sachverhalte zugestimmt:

Produktgruppe 11.15.04 (Bd. II, S. 1225) mit investiven Einzahlungen in Höhe von 500.000 € und investiven Auszahlungen in Höhe von 1.100.000 €.

Produktgruppe 11.15.10 (Bd. II, S. 1248) mit investiven Einzahlungen in Höhe von 55.800 €, investiven Auszahlungen in Höhe von 0 €.

8. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der folgenden Produktgruppen wird zugestimmt:

Produktgruppe 11.15.05 Beteiligung an Stadtwerke Bielefeld GmbH (Bd. II, S. 1236)

Produktgruppe 11.15.06 Sparkasse Bielefeld (Bd. II, S. 1242)

Produktgruppe 11.15.10 Sonstige Beteiligungen (Bd. II, S. 1249).

9. Den Zielen und Kennzahlen der folgenden Produktgruppen wird zugestimmt:

Produktgruppe 11.04.12 Beteiligung an Kunsthalle gem. GmbH (Bd. II, S. 699/700),

Produktgruppe 11.15.01 Beteiligung an der WEGE mbH (Bd. II, S. 1214/1215),

Produktgruppe 11.15.04 Beteiligung an der BBVG (Bd. II, S. 1219-1221),

Produktgruppe 11.15.05 Beteiligung an Stadtwerke Bielefeld GmbH (Bd. II, S.

1 2 3 0 / 1 2 3 1 ) ,

Produktgruppe 11.15.06 Sparkasse Bielefeld (Bd. II, S. 1238/1239),

Produktgruppe 11.15.10 Sonstige Beteiligungen der Stadt (Bd. II, S. 1243/1244).

- mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

---